

Rechenschaftsbericht Carsten Schirrmacher
Referat Soziales
Zeitraum 1.8.07 - 31.7.08 (XVII. Legislatur)

1. Wiederkehrende Aufgaben
2. Semesterticket
3. Spezielle Projekte
4. Information
5. Referatsübergreifende Arbeit
6. Studentenwerk
7. Härtefallausschuss (Zuschuss zum Semesterticket)
8. Übergabe

Im oben genannten Zeitraum habe ich folgende Aufgaben wahrgenommen:

1. Wiederkehrende Aufgaben

1.1 Sprechstunde

Zunächst bot ich eine wöchentliche Beratung in der Sprechstunde, immer dienstags in der Mittagspause, an. Diese Beratung umfasste vor allem die Bereiche der Härtefallanträge, des BaföGs und der Wohngeldzahlungen. Daneben war auch die Vermittlung von Arbeitsstellen in der Umgebung ein Thema. Im Laufe der Legislatur wurde die Jobbörse digitalisiert und vom AstA-Shop übernommen. Es gab auch Fragen zur GEZ-Befreiung und anderen Themen.

In 52 Wochen fand die Sprechstunde 50-mal statt. Lediglich am 25.12.07 und am 1.1.08 gab es keine Sprechstunde.

Die Beratung war oft Grundlage für weiteres Tätigwerden, beispielsweise im Konflikt mit Behörden.

1.2 Bürodienst

Es bot sich an, parallel zur Sprechstunde den Bürodienst auszuführen. Aus diesem Grund hatte ich am Ende der Legislatur den Bürodienst am häufigsten von allen Referenten ausgeführt.

1.3 AstA-Sitzungen

Bei 35 Sitzungen, die in dieser Legislatur durchgeführt wurden, nahm ich an 34 teil und schrieb häufig das Protokoll.

2. Semesterticket

2.1 Auskünfte zum Semesterticket

Ebenfalls in den Bereich der sozialen Beratung fällt die Auskunft über Modalitäten zum Semesterticket. Das ist einerseits die vollständige Befreiung von den Zahlungen für Studierende, die aufgrund ihres Studienaufenthalts im Ausland oder aus anderen Gründen wie beispielsweise körperlicher Barrieren nicht in der Lage sind, die angebotenen Leitungen zu nutzen, andererseits auch Fragen, wo, von wem und in welchen Zeitraum das Ticket genutzt werden kann.

Da es hierzu sehr viele Fragen gab, die teilweise sehr speziell waren (z.B. zur Mitnahme von Hunden) habe ich dazu einen Informationsbogen erstellt, der online abrufbar ist.

2.2 Änderung des Semesterticketvertrags

Mit Wirkung zum diesjährigen Sommersemester wurde unser Semestervertrag geändert. Die Vorbereitungen und Verhandlungen dazu waren sehr zeitintensiv.

2.3 Preisanpassung

Im Zusammenhang mit dem Semesterticket trat eine besondere Problematik auf. Ende Januar 2008 wurde bekannt, dass durch Kommunikationsschwierigkeiten dem Immatrikulationsamt die Erhöhung des Beitrags für das Semesterticket nicht mitgeteilt wurde, obwohl der AStA bereits Ende April 2007 von der Erhöhung in Kenntnis gesetzt wurde.

Folglich versuchte ich in zahlreichen Gesprächen mit Herrn Morach, dem VBB und anderen Stellen Lösungen zu finden, um ein mögliches Finanzloch im Haushalt der Studierendenschaft in der Legislatur 2008/2009 zu vermeiden. Es stellte sich jedoch heraus, dass sowohl aus rechtlichen als auch aus praktischen Gründen die Finanzierungslücke nicht mehr vermieden werden konnte.

Klarstellen möchte ich, dass ich bis zur Information seitens des VBB zu diesem Sachverhalt Ende Januar keine Kenntnis davon hatte und diese auch nicht haben konnte, da sich die entsprechenden Unterlagen nicht im Soziales-Ordner meiner Vorgängerin befanden und auch bei der Übergabe des Referats nicht Thema waren.

3. Spezifische Projekte

3.1. Kindertagesstätte

In den ersten Monaten der Legislatur verfolgte ich das Ziel, eine Öffnung der Kindertagesstätte auch für Kinder polnischer und anderer ausländischer Eltern zu erreichen. In diesem Zusammenhang habe ich gemeinsam mit der Geschäftsführung des Studentenwerks nach Lösungen ausgelotet. Es stellte sich heraus, dass zur Öffnung der Kindertagesstätte für polnische Kinder eine Umwandlung in einen Betriebskindergarten vonnöten wäre, was zwar denkbar, aber mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden wäre.

Die Geschäftsführung des Studentenwerks äußerte die Vermutung, dass die Nachfrage nicht ausreichend sei, um einen solchen Aufwand zu rechtfertigen. Diese Vermutung bestätigte sich in von mir durchgeführten Nachforschungen.

3.2 Informationsveranstaltung Studieren und Arbeiten in Deutschland

in intensiver und komplizierter Sachverhalt, der in den Beratungen oft auftritt, ist der, dass polnische Studierende, die in Deutschland arbeiten wollen, unter Umständen ihren Krankenversicherungsschutz verlieren können. Um diese Studierende rechtzeitig zu informieren und vor möglicherweise gravierenden Folgen (der Verlust des Krankenversicherungsschutzes ist ein Exmatrikulationsgrund!) zu bewahren, habe ich zu Beginn des Wintersemesters in Kooperation mit der AOK und dem polnischen Versicherungsträger NFZ eine Informationsveranstaltung organisiert. Ferner habe ich Informationsmaterialien zu diesem Thema in deutscher und polnischer Sprache verteilt.

3.3 Immatrikulationsordnung

Einige Studentinnen und Studenten traten an mich heran und fragten nach der Möglichkeit einer Beurlaubung, um in diesem Zeitraum der Vollzeitberufstätigkeit nachzugehen. Ich stellte fest, dass dies an der Viadrina in Gegensatz beispielsweise zur „direkten Konkurrenz“ der FU Berlin nicht möglich ist.

Daher schrieb ich einen Antrag zur Änderung der Immatrikulationsordnung, der die Erweiterung der Beurlaubungsgründe um den Punkt der Vollzeitberufstätigkeit ausdehnen soll, was gerade in Zeiten der restriktiven Prüfungsordnungen in WiWi-Bachelor-Studiengängen und einigen KuWi-Masterprogrammen angebracht schien.

Im Senat wurde der Antrag behandelt. Dabei wurde der Antrag von den studentischen Vertretern zurückgezogen. In Gegenzug sicherte das Immatrikulationsamt zu, Vollzeitberufstätigkeit ein Jahr lang als „sonstigen wichtigen Grund“ für eine Beurlaubung anzuerkennen. Nach diesem Zeitraum soll die Akzeptanz dieses Beurlaubungsgrundes evaluiert werden. Auf die Anerkennung von Vollzeitberufstätigkeit als Beurlaubungsgrund wies ich seither mit Informationsblättern und online abrufbaren Seiten hin.

4. Information

Zu folgenden Themen gab ich erstellte ich Informationsbögen:

GEZ und Befreiung
Semesterticket und Befreiung davon
Zuschuss zum Semesterticket
Studieren mit Kind
Studieren als Alleinerziehende/r

Krankenversicherung für polnische Studierende (hierbei habe ich teilweise auf die Bögen meiner Vorgängerin zurückgegriffen)

5. Referatsübergreifende Arbeit

5.1 grenzüberschreitende Buslinie

Ich beteiligte mich an der Durchführung der grenzüberschreitenden Buslinie. Dafür habe ich gemeinsam mit Nicolai Sponsoren gesucht. Dabei konnten finanzstarke Partner wie die Deutsche Bank gewonnen werden.

5.2 Sommerfest

Ebenso brachte ich mich bei der Durchführung des Sommerfests ein. Auch hierfür war ich bei der Beschaffung von Drittmitteln durch Sponsoring aktiv. Außerdem setzte ich mich mit dem Ordnungsamt und anderen Stellen zwecks der Beschilderung des abgesperrten Bereichs in Verbindung.

5.3 4. Novelle des BbgHG

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur 4. Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes brachte ich mich sowohl intern als auch nach außen, beispielsweise bei BrandStuVe-Sitzungen, ein. Dabei legte ich meinen Schwerpunkt auf sozialpolitische Themen. Namentlich setzte ich mich für die Einführung von Teilzeitstudien und einen Nachteilsausgleich für soziales Engagement ein.

5.4 1000-Euro-Projekt

In Zusammenarbeit mit dem Hauptreferat arbeitete ich eine Richtlinie zum Vorgehen beim 1000-Euro-Projekt, ähnlich der RL-Projekt aus. Außerdem handelte ich gemeinsam mit dem Hauptreferat eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit mit dem deutsch-polnischen Rettungsdienst aus.

6. Studentenwerk

Als studentisches Mitglied im Verwaltungsrat unseres Studentenwerks konnte ich erreichen, dass das Studentenwerk seine Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz veröffentlicht. Damit konnte Transparenz geschaffen werden.

7. Härtefallausschuss

7.1 Wahl des Härtefallausschusses

Am Ende des Jahres 2007 wurden mit Martyna Osuchowska und Karolina Stachowiak zwei neue Mitglieder des Härtefallausschusses vom StuPa gewählt. Die Wahl und die Vorbereitungen der Wahl führte ich durch.

7.2 Zuschuss zum Semesterticket

In jedem Semester gab es einmal den Zuschuss zum Semesterticket. Dabei gab es jeweils dreistellige Bewerberzahlen, im Wintersemester konnten 110 Anträge bewilligt werden, im Sommersemester 91. Diese Zahlen sind insgesamt niedriger als die Zahlen in der letzten Legislatur. Ich führe das darauf zurück, dass die Werbemaßnahmen in diesem Jahr nicht so breit angelegt waren wie in den Vorjahren. Außerdem ist gerade in Polen das Wohlstandsniveau angestiegen, was sich an der relativ hohen Ablehnungsquote ausdrückt.

Die Arbeit war anstrengend und zeitintensiv. Beide Härtefallausschüsse, mit denen ich zusammen arbeitete, haben eine gute Arbeit geleistet.

7.3 Änderungen der Ordnung über den Ausgleich sozialer Härten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Semesterticket

Im letzten Jahr kam es zweimal zu Änderungen der HFA-Ordnung, zum einen wurde die Aufwandsentschädigung von 100 auf 50 Euro verringert, zum anderen wurde der Zeitpunkt der Wahl verändert. Das war nötig, um zu verhindern, dass der neu gewählte HFA über die komplizierten Widerspruchsfälle des alten HFA entscheiden muss. Die Änderungen habe ich im StuPa, AStA und im Rechtsausschuss vorgestellt und vorangetrieben.

Nachdem die Änderungen von StuPa angenommen wurden, habe ich die HFA-Ordnung redaktionell bearbeitet und in die Form gebracht, in der alle Ordnungen auf der Homepage stehen.

8. Übergabe

Am 29. Juli traf ich mich mit meiner Nachfolgerin Anne Wenzke zu einer knapp zweistündigen Einarbeitung. Die einschlägigen Passwörter habe ich an sie übermittelt. In den Wochen vorher habe ich meine Post archiviert und an anderen Stellen im Referat aufgeräumt.

Carsten Schirmacher